Europa geht auch solidarisch

Für eine andere Europäische Union

Dr. Axel Troost, März 2019

ARBEITSGRUPPE ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK e.V.

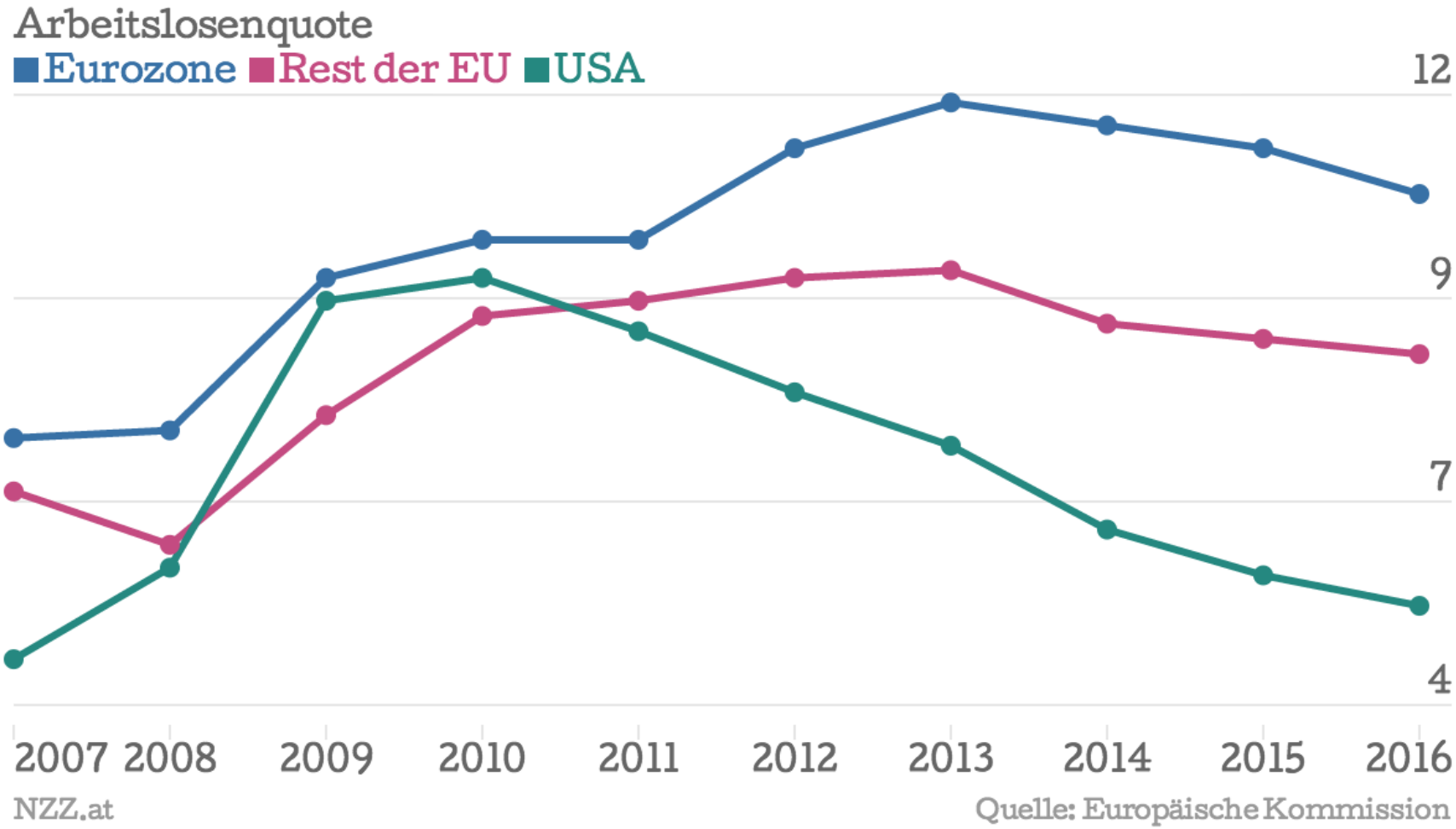
I. EU in der Krise

- Spätfolgen der Finanz- und Wirtschaftskrise
- 2015/2016: Zuspitzung der Flüchtlingskrise
- Politische Krise der EU
  - Renationalisierungstendenzen
    Fünf-Sterne-Bewegung und Lega in Italien, Orban-Regierung in Ungarn, FPÖ in Österreich, Marine Le Pen in Frankreich, Geert Wilders in Niederlande, PiS-Regierung in Polen, AfD, …
  - Brexit
- derzeitige wirtschaftliche Erholung beseitigt Krisenfolgen längst noch nicht, Zeitfenster muss jetzt für radikale Reformen genutzt werden

Das verlorene Jahrzehnt

Bruttoinlandsprodukt in Marktpreisen je Einwohner, 2006 = 100			
	2000	2006	2016
Irland	80,9	100	125,5
Deutschland	93,4	100	111,0
Österreich	91,7	100	104,9
Niederlande	92,8	100	104,2
Belgien	91,8	100	104,0
Euroraum (19)	92,3	100	102,9
Frankreich	94,0	100	102,5
Portugal	96,4	100	99,9
Spanien	88,9	100	98,8
Finnland	86,0	100	96,4
Italien	96,0	100	90,5
Griechenland	79,8	100	76,9
Nachrichtlich:			
EU-28	89,8	100	105,2
Großbritannien	87,7	100	103,7
Quelle: AMECO-Datenbank			

Gegensätzliche Strategien bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit



Zahl der Verliererinnen und Verlierer in EU massiv gestiegen

- Arbeitslosigkeit erreichte 2013 Negativrekorde
  - Griechenland 27 %, Spanien 26 %, Portugal 16 %, Italien 12 %
  - Jugendarbeitslosigkeit von bis zu 55 %
  - Krise wirkt auch heute noch nach (Griechenland 22 %, Spanien 15 %, Italien 11 % Arbeitslose)

- Schwächung der Gewerkschaftsmacht
  - In 13 von 28 EU-Staaten sanken zwischen 2008 und 2014 die Reallöhne
  - In 18 der 28 Staaten wurde verteilungsneutraler Spielraum nicht ausgeschöpft
- In vielen Staaten tiefe Einschnitte in Sozialsysteme
- Zuletzt starke Erholung, aber weiter hohes Entwicklungsgefälle zwischen den Staaten der EU

II. Raus aus dem Euro?

Alexander der Große zerschlug den gordischen Knoten mit einem einzigen Hieb

Ist eine Euro-Auflösung auch so ein Befreiungsschlag?

Konstruktionsfehler des Euros

Geburtsfehler der Währungsunion:

- reine Marktintegration
- keine europäische Finanzpolitik, keine Finanz-ausgleichsmechanismen
- keine Koordinierung der nationalen Lohnpolitiken

Folge: massive Verwerfungen, die sich in den Leistungsbilanzen der Mitgliedstaaten manifestieren
(außenwirtschaftliche Ungleichgewichte)

Argumente der Euro-Gegner

- eine eigene Währung macht Abwertungen möglich und schwache Staaten können so schlagartig ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessern und Reallohnsenkungen vermeiden

- Wechselkurse können durch System fester, aber anpassungsfähiger Wechselkurse stabilisiert werden

- demütigende ESM-Programme werden unnötig, endlich wieder eine autonome Wirtschafts- und Finanzpolitik möglich

III. Die Säulen einer radikalen EU-Reform

radikal ≠ einfach

Im Überblick

1. Ein Ende der Austerität

2. Eine europäische Ausgleichsunion

3. Eine gemeinschaftliche Schuldenpolitik

4. Wege zu einer europäischen Sozialunion

5. Schrumpfung der Finanzmärkte und schlagkräftigere Steuerpolitik

6. Eine demokratisch legitimierte Europäische Wirtschaftsregierung

1. Ein Ende der Austerität

Gestaltende Fiskalpolitik:

- Aufhebung des Fiskalvertrags und aller Formen der Schuldenbremse
- Vergrößerung des EU-Haushalts
- Steuerung der Eckwerte der nationalen Haushalte durch Europäisches Parlament und Europäische Wirtschaftsregierung

Europäisches Investitionsprogramm:

- Investitionsfelder: Energieeffizienz und Erneuerbare Energien, industrielle Modernisierung, Ausbau und Erhalt der öffentlichen Daseinsfürsorge und Verkehrsinfrastruktur, schnelle Internet-verbindungen, Bildung und Forschung, sozialer Wohnungsbau, …
- Konjunktur- und Zukunftsinvestitionsprogramm
- gezielte Förderung von Projekten in Süd-, Mittel- und Osteuropa zum Abbau des Entwicklungsgefälles in der EU

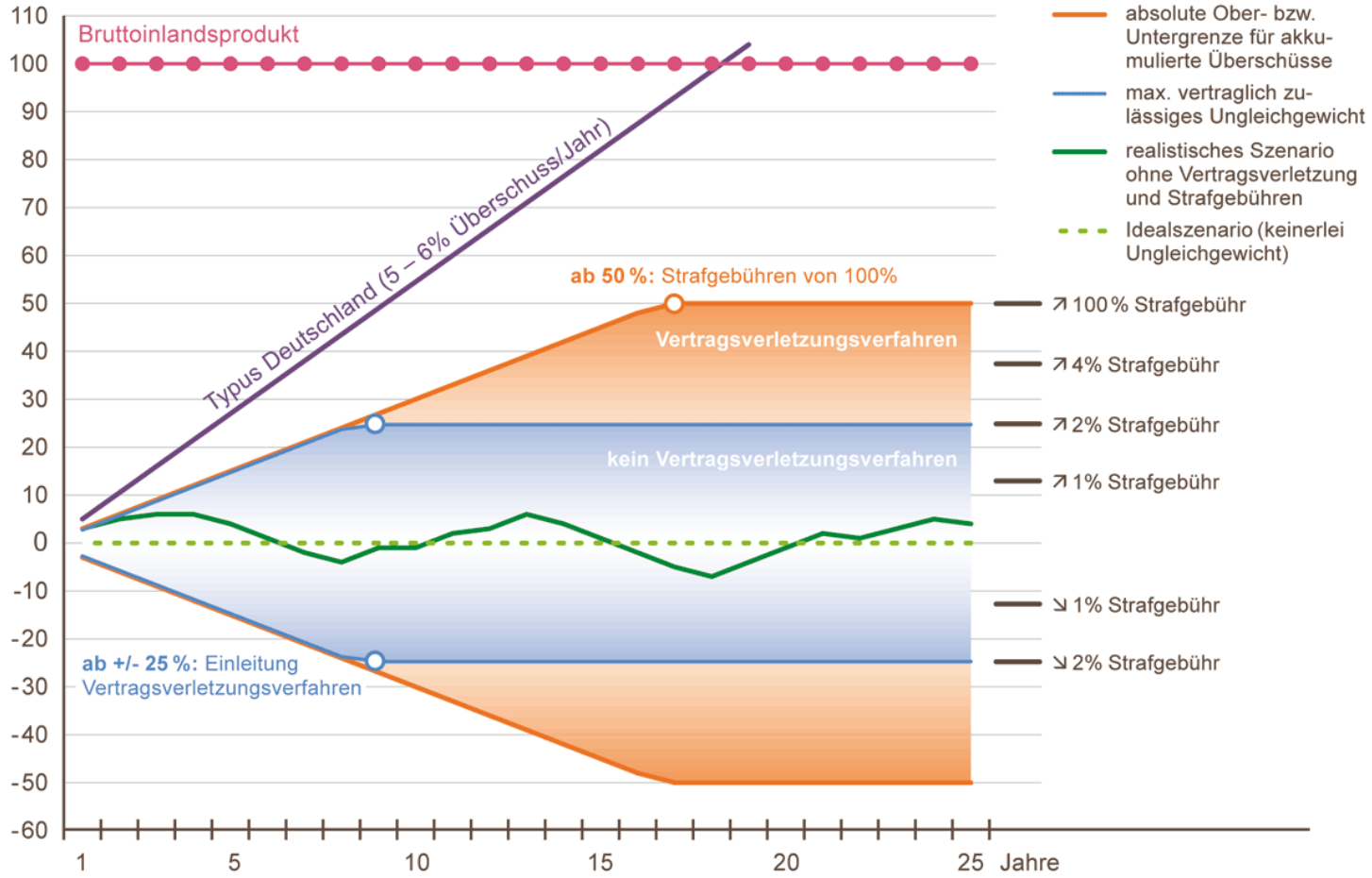
2. Eine Europäische Ausgleichsunion

- Ziel: ausgeglichene Leistungsbilanzen
- Anpassungsleistungen sowohl von Defizit- als auch Überschussländer
- Vorschlag von Keynes für Weltwirtschaftsordnung nach zweitem Weltkrieg
- zwänge Deutschland zu höheren Löhnen, öffentlichen Investitionen und allgemein zur Stärkung der Binnennachfrage
- Außenwirtschaftliches Gleichgewichts als Ziel seit 1967 in Stabilitäts- und Wachstumsgesetz verankert

  (Verstöße bleiben allerdings folgenlos)

zu 2.: Funktionsweise der Ausgleichsunion

Zielkorridore für Leistungsbilanzen in der Europäischen Ausgleichsunion über 25 Jahre für ein Land mit 50% Exportanteil am BIP



3. Eine gemeinschaftliche Schuldenpolitik

Eurobonds garantieren einheitliche niedrige Zinsen für alle. Krisenstaaten bekommen Wachstumsspielräume durch niedrigere Zinsen und wären nicht mehr von Finanzmärkten erpressbar.

Aufhebung des Verbots der direkten Staatsfinanzierung durch die Europäische Zentralbank.

Schuldenrestrukturierung für überschuldete Staaten z.B. im Rahmen eines „Fairen und Transparenten Schiedsverfahrens“. Schiedsgericht entscheidet über das Ausmaß von Forderungsverzichten der Gläubiger.

4. Wege zu einer europäischen Sozialunion

- Monitoring über Indikatoren in drei Themenfeldern:
  - Arbeitsmarkt
    (Arbeitslosenquote, Arbeitslosigkeit von Jugendlichen, Anteil prekärer Beschäftigungsverhältnisse)
  - Lohn- und Einkommensentwicklung
    (reale Lohnstückkosten, Anteil des Niedriglohnsektors, Armutsraten)
  - Soziale Sicherung
    (Höhe der Gesamtausgaben in Relation zum BIP)
- Überschreiten von Schwellenwerten löst präventive und sanktionsbewehrte korrektive Maßnahmen aus!
- auch denkbar: europäische Arbeitslosenversicherung

5. Schrumpfung der Finanzmärkte und schlagkräftigere Steuerpolitik

- Beschränkung der Banken auf ihre Kernfunktionen
- (Rück-)Verlagerung der privaten Gesundheits- und Altersvorsorge in die gesetzliche und solidarische Sozialversicherung mit Umlagefinanzierung
- Finanz-TÜV: nur ausdrücklich genehmigte Produkte und Geschäftspraktiken sind zulässig, anstelle des Hase-und-Igel-Prinzips
- Finanztransaktionsteuer
- Maßnahmenkatalog gegen Steuervermeidung und Steuerhinterziehung: begleitet durch höhere nationale Steuern auf hohe Einkommen, Vermögen und Unternehmensgewinne

6. Eine demokratisch legitimierte Europäische Wirtschaftsregierung

- EWiR verantwortet die Umsetzung des vorgestellten Alternativprogramms (Säulen 1-5)
- Mitwirkung der EWiR an der Haushaltsgesetzgebung:
  - Europäische Kommission erarbeitet Grundzüge der Wirtschaftspolitik und Eckwerte der Zentralhaushalte der Mitgliedstaaten
  - Billigung durch Ecofin mit doppelter Mehrheit und Europäischem Parlament mit absoluter Mehrheit
- langfristig weitere Demokratisierung der EU und Eurozone, insbesondere Aufwertung des Europäischen Parlaments

Klaus Busch/Axel Troost/Gesine Schwan/
Frank Bsirske/Joachim Bischoff/Mechthild Schrooten/
Harald Wolf:
„Europa geht auch solidarisch. Streitschrift für eine andere EU“, 11/2016, VSA-Verlag, Hamburg

Vielen Dank!

ARBEITSGRUPPE
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK e. V.